

Datum: 10.10.2019  
Telefon: 0 233-84684  
Telefax: 0 233-84683  
[REDACTED]  
[REDACTED]@muenchen.de

ANLAGE 4

**Referat für  
Bildung und Sport**  
Betrieb der Einrichtungen in  
städtischer Trägerschaft  
RBS-KITA-SB

### **Stellungnahme der Teilnehmerschaft der FachARGE Kindertagesbetreuung gem. §78 SGB VIII**

Die Mitglieder der FachARGE sprach sich bei der Beteiligung am 09.10.2019 einstimmig gegen einen stadtweiten Elternbeirat aus.

Begründung:

Die FachARGE, hält die grundsätzliche Beteiligung von Elternvertreterinnen und -vertretern, im Sinne des BayKiBiG für sinnvoll.

Wegen der Heterogenität der Trägerlandschaft in München, insbesondere bei Einbezug der Angebote der Kindertagespflege, der Eltern-Kind-Initiativen und der Mittagsbetreuungen, in denen nicht wie in den Städtischen Kindertageseinrichtungen ein Elternbeirat im klassischen Sinne existiert, erscheint ein stadtweites trägerübergreifendes Gremium für Eltern als nicht zielführend und erforderlich.

Unklar wäre zudem, wer die Wahl einberuft, durchführt und das Gremium einsetzt. In einem Fall einer Wahlberechtigung aller Bürgerinnen und Bürgern mit Kindern in Kindertageseinrichtungen der Landeshauptstadt München, wären umfangreiche Datensätze nötig. Deren Weitergabe muss einer Datenschutzrechtlichen Prüfung standhalten.

Ebenfalls unklar wäre, mit welchen Inhalten und Themen sich das Gremium befasst, wie eine Abstimmung unter den Trägern für die geplante Sitzverteilung erfolgen sollte und wen das Gremium beraten würde. Hier wird auch ausdrücklich auf die Trägerautonomie hingewiesen.

Weiter wird es gerade für kleine Träger, die z.B. aus Elterninitiativen entstanden sind und von ehrenamtlichen Elternvorständen verantwortet werden, immer schwieriger, Eltern zu finden, die sich ehrenamtlich für die Einrichtung (Elternbeirat) und den Träger (Vorstand) engagieren können und wollen.

Gründe dafür sind die Komplexität von Verwaltungsanforderungen und zu beachtenden Vorschriften und die damit verbundene Verantwortung, aber auch fehlende Zeitressourcen wegen der Doppelbelastung aus Berufstätigkeit und Familie. Eine Erweiterung der bestehenden Aufgabenfülle um die Vertretung in einem stadtweiten Gremium dürfte eher abschreckend wirken.